

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden...

Verlagsleitung: Dresdener Nachrichten...

Dresdener Nachrichten...

Gegen die deutsche Gleichberechtigung

Herriots Vorbereitungen für Genf

Paris, 12. Juli. Ministerpräsident Herriot hatte, wie bereits kurz gemeldet wurde, am Donnerstag eine lange Unterredung mit dem Vizepräsidenten des Obersten französischen Kriegsrats, General Weygand...

Forderung auf Gleichberechtigung in den Text aufnehmen zu lassen, betont aber gleichzeitig, daß die Beratungen über einen derartigen Antrag in einer Weise geführt werden, die das Wandwerk sehr rasch zum Scheitern bringen würden.

Scharfer Vorstoß Amerikas geplant

Washington, 12. Juli. Wie verlautet, wird die amerikanische Abordnung in Genf als Prüfling für die englisch-französische Entente (wenigstens hinsichtlich der Abklärung) eine viel schärfer gehaltene Abschlussschleife unterbreiten...

22 Wahlvorschläge in Ostachsen

Dresden, 12. Juli. Im Wahlkreis 28 (Dresden-Vauben) sind bis zum Ablauf der Einreichungsfrist insgesamt 22 Wahlvorschläge eingereicht worden...

- 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Spitzenkandidat Lohse).
- 2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, beginnend mit dem Namen Straßer, Witsch...

Wolkenbruch über der Lausitz

Am Donnerstagabend sind über weite Teile der Lausitz schwere Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und zahlreichen Blitzschlägen niedergegangen...

Hoovers Brief an Borah

Die Richtlinien der amerikanischen Schuldenpolitik

Washington, 12. Juli. Der Brief des Präsidenten Hoover an Senator Borah über die amerikanische Schuldenpolitik, von dem in einer früheren Meldung bereits kurz die Rede war, hat folgenden Wortlaut: Lieber Senator Borah! Ihr Schreiben über die Auswirkung der Vereinigten Staaten in Europa auf die Regierung der Vereinigten Staaten habe ich durch Staatssekretär Stimson erhalten...

Ich wünsche aber vollkommen klarzustellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keineswegs der Absicht ist, die nach Versailles und in Lausanne abgeschlossenen Abkommen zu ändern...

Der Brief bestätigt die schon früher aus Washington vorliegenden Meinungen. Die Vereinigten Staaten wollen die Schuldregelung bis nach den amerikanischen Wahlen verzögern, und sie wollen vor allem nicht, daß der Eindruck entsteht, als müßten sie sich einem Druck ihrer europäischen Schuldner fügen...

Die deutsche Auffassung vom Gentleman-Abkommen

Berlin, 12. Juli. Angesichts der widersprüchlichen Auffassung, die das Gentleman-Abkommen der Gläubiger-mächte und seine Tragweite für Deutschland nach immer in einem Teil der Presse findet, wird von ausländischer Seite erneut mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß für Deutschland lediglich die Abmachungen bindend sind, an denen es beteiligt ist...

in eine Einheitsfront der Gläubigermächte gegen Amerika einspannen lassen wird.

Als dann am 8. Juli der deutschen Delegation die Erklärung der Gläubigermächte mitgeteilt wurde, daß der anhaltendste Zeitraum, der zu Beginn der Konferenz erklärt worden ist, solange bestehen bleiben soll, bis die Frage der Restrukturierung geregelt sein werde...

hat Deutschland sofort gegen die Idee, dann wieder den Mechanismus des Youngplans in Kraft treten zu lassen, Stellung genommen.

Zur Klärung dieser Frage erfolgte die deutsche Anfrage an den Präsidenten der Konferenz, Macdonald, der darauf die bekannte Erklärung abgab, daß im Falle der Restrukturierung eine neue Lage geschaffen sei und eine neue Konferenz stattfinden müsse.

Das bedeutet, wie in hiesigen unterrichteten Kreisen betont wird,

keinesfalls eine Wiederherstellung des Youngmechanismus.

Durch diese Erklärung Macdonalds ist lediglich festgestellt, daß im Falle der Restrukturierung die Situation vor Beginn des Hooverjahres den Ausgangspunkt für neue Verhandlungen bilden wird, die der Beseitigung des entstandenen Vakuum dienen hätten.

Deutschland antwortet vorläufig nicht

Berlin, 12. Juli. Die Reichsregierung ist nicht entschlossen, auf die Einladung zur Teilnahme an dem sogenannten Konsultativpakt sofort zu antworten. Sie wird die vorliegenden Dokumente einer ausführlichen Prüfung unterziehen und noch Rückfragen über Sinn und Zweck der Vereinbarung stellen. Unter diesen Umständen ist mit einer Stellungnahme vor Mitte nächster Woche wohl kaum zu rechnen.

Noch kein Reichskommissar für Preußen

Rückkehr v. Gans

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Juli. Der Reichsminister des Innern v. Gans ist am Freitagvormittag aus Neudorf von der Konferenz mit dem Reichspräsidenten zurückgekehrt. Reichskanzler v. Papen ist noch einen Tag länger geblieben und wird erst am Sonntagabend wieder in Berlin erwartet. Über das Ergebnis der Neudorfer Besprechungen, insbesondere über die Frage des Reichskommissars für Preußen, sind keine Angaben von Gans in Umlauf, die aber nicht zureichend zu sein scheinen. Offenbar hält man die Reichskommissarfrage in Kreisen der Reichsregierung noch nicht für spruchreif.

Straßers Antwort an Lohse

Die Nationalsozialisten bleiben dem Überwachungs-ausschuss fern

München, 12. Juli. Die Nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht ein Schreiben des Vorsitzenden des Überwachungsausschusses des Reichstages, Gregor Straßer, an den Reichstagspräsidenten Lohse in der Angelegenheit der Einberufung dieses Ausschusses. In diesem Schreiben erklärt Straßer u. a., er sei der einzige zur

Einberufung Berechtigte, nachdem durch die Schuld der SPD, die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden bei Konstituierung des Ausschusses im Jahre 1930 verhindert worden sei. Infolge der Sabotage durch die Ausschussmitglieder des Zentrums und der Sozialdemokratie, Lohse habe durch den Aufruf an den Abg. Geismann, den Ausschuss einzuberufen, zum zweiten Male in den letzten Wochen seiner Amtsführung als Präsident in unerhöhrter Weise die Geschäftsordnung und damit die Verfassung verletzt. Straßer erhebt gegen einen derartigen Einmarsch in seine Rechte aus prinzipiellen Gründen Einspruch. Eine Abschrift dieses Briefes ist an den Reichsfinanzminister und an den Präsidenten des Rechnungshofes gelangt worden, weil die Tagung des Wirtschaftsausschusses ungesetzlich ist und die Tagung von Ausschussgebühren als eine unberechtigte Ausgabe betrachtet werden muß.

Weiter wird in dem Schreiben betont, die Nationalsozialisten hätten bis jetzt alle Notverordnungen und auch die letzte Notverordnung des Kabinetts von Papen abgelehnt. Die Zeiten seien zu ernst, als daß die Nationalsozialisten das lächerliche Schauspiel einer Tagung des in Anbetracht der als Tagesordnung gewünschten Fragen wirkungslosen und leistungsunfähigen Ausschusses mitmachen könnten. Die nationalsozialistischen Wirtschaftsausschussmitglieder würden daher dem unfruchtbaren Palaver des privaten Kränzchens des Herrn Geismann fernbleiben.

Small advertisements on the left margin, including 'SLUB Wir führen Wissen' and other notices.









Kursberichte der Dresdner Nachrichten

Dresdner Börse vom 15. Juli 1932 (Ohne Gewähr) - Festverzinsliche Werte, Dividendenwerte, I. Industrie-Aktionen

Leipziger Kurse vom 15. Juli 1932 (ohne Gewähr) - Sächs. Anl., Cred.-Anst., Land- u. Forstw., Industrie-Aktionen

Berliner Kurse vom 15. Juli 1932 (ohne Gewähr) - Deutsche Staats- und Stadtanleihen, Wertbeständige Anleihen, Ausländische Anleihen, Transportwerte, Bank-Aktion, Industrie-Aktion, Versicherung-Aktion, Kolonialwerte

Berliner fortlaufende Notierungen vom 15. Juli - Hansa-Dampf, Reichsbank, A.O. für Verkehr, etc.

Vertical text on the right margin containing various notices and advertisements.